

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Seite 28 · FREITAG, 17. September 2021 · NR. 216

Unternehmen

Unternehmer im Schwitzkasten

Bürokratie belastet, und höhere Steuern drohen. Unternehmer wünschen sich, dass die Politik nach der Wahl den Dschungel aus Paragraphen lichtet.

Von Mark Fehr, Frankfurt

Die meisten der kleinen und mittleren Unternehmen haben das Pandemiejahr 2020 besser überstanden als befürchtet. Laut einer aktuellen Analyse von mehreren Hunderttausend Jahresabschlüssen der Geschäftskunden deutscher Sparkassen durch deren Verband DSGV haben 90 Prozent der Unternehmen mit Jahresumsätzen bis höchstens 250 Millionen Euro trotz Corona Gewinn gemacht. Die positiven Zahlen sollten aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass viele Unternehmer unter schwierigen regulatorischen Rahmenbedingungen leiden, was vor allem an der hohen Belastung durch Steuern und Bürokratie liegt. Hört man sich im Mittelstand um, unterscheidet sich die Wahrnehmung an der Unternehmerbasis offenbar stark davon, wie Spitzenpolitiker die Lage sehen. Beispiel: SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz hat im Wahl-

vatpersonen tragen die Umsatzsteuer, doch Unternehmen müssen diese aufwendig verbuchen, auch wenn sie Geschäfte mit anderen Unternehmen abwickeln. Im inländischen Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen sollte die Umsatzsteuer daher entfallen, wie es in manchen europäischen Ländern auch üblich sei. Das wäre eine erhebliche Erleichterung, durch die kein Steueraufkommen verloren ginge. Auch die Sonderregeln der Gewerbesteuer machen Gewerbetreibenden das Leben unnötig schwer. „Unternehmer wünschen sich mehr Mittelständler in der Politik und weniger Politik im Mittelstand“, sagt Zickler. Ihre Partei schlägt eine pragmatische Lösung des Bürokratieproblems vor: Für jede neue Verordnung müssten zwei alte Verordnungen gestrichen werden.

Die Belastung der Unternehmen mit Bürokratie zieht sich durch alle Branchen, wie der Unternehmer und Bundestagsabgeordnete Alexander Kulitz (FDP) beobachtet. Für sich genommen sähen die Probleme wie Einzelfälle aus, daher sei es so schwer, eine breite Aufmerksamkeit für das Thema zu schaffen.

In der Gesamtheit aber lähmten die zahlreichen lebensfernen Regeln und Auflagen den Mittelstand und die deutsche Wirtschaft. „Selbst ein Handwerksbetrieb kommt heute nicht ohne teure Steuerberater aus“, sagt Kulitz. Angesichts der derzeitigen Umfragewerte für linke Parteien fürchten sich zahlreiche Unternehmer aus seiner Sicht zu Recht vor der Wiedereinführung einer bürokratischen und wirtschaftsschädigenden Vermögensteuer. Und zur Sorge über steigende Energiepreise gesellt sich seiner Beobachtung nach die Angst um die Versorgungssicherheit insgesamt.

Dass die Furcht der Unternehmer vor einer Rückkehr der Vermögensteuer nicht übertrieben ist, zeigt eine am Mittwoch veröffentlichte repräsentative Untersuchung durch die Universität Göttingen im Auftrag des Verbands Familienbetriebe Land und Forst. Eine Vermögensteuer mit einem Steuersatz von 1 Prozent mag sich harmlos anhören, doch würde das laut Studie dazu führen, dass die Nettoeinkommen der betroffenen land- und forstwirtschaftlichen Unternehmer um bis zu 54 Prozent sinken.

Eine Vermögensteuer schmälernt nicht nur den schon versteuerten Gewinn, sondern mindert auch das Eigenkapital und kann die Substanz von Betrieben angreifen. Denn sie wird auch in Jahren fällig, in denen Unternehmen keine Gewinne erzielen und Verluste machen. Laut dem Verband würde die Vermögensteuer vielen Land- und Forstwirten die Lebensgrundlage entziehen und sie enteignen.

Der Verband „Die Familienunternehmer“ bezeichnet die drohende Vermögensteuer entsprechend als Mittelstandsbremse. Sie würde den Betrieben das für den Klimaschutz und die Digitalisierung nötige Investitionskapital entziehen. David Zülow, Vorstand des Elektronikunternehmens Zülow und Landesvorsitzender des Familienunternehmerverbands in Nordrhein-Westfalen, wünscht sich daher eine Absage an die Forderungen der rot-rot-grünen Parteien nach der Wiedereinführung einer Vermögen-



Illustration F.A.Z.

MORGEN IN BERUF UND CHANCE

Das erste Mal

Konferenzen, Reisen, Begegnungen: Premieren nach der Corona-Pause.

Durchstarten mit Ü50

Die Karrierefrage: Warum sollte mit fünfzig schon alles vorbei sein?

„Ein echter Gamechanger“

Das Onlinestudium ist für viele eine Zumutung – für andere ein Segen.

Kostenloses Probeabo:
069 7591-3359; www.faz.net/probeabo



kampf behauptet, kein Unternehmer würde Deutschland wegen hoher Steuern verlassen. Die Unternehmerin und FDP-Kommunalpolitikerin Sarah Zickler ärgert sich über diese Aussage und erklärt, warum sie das anders sieht. „Viele Unternehmer bleiben dem Standort Deutschland nur noch aus reiner Heimatliebe treu“, sagt Zickler, die in Reutlingen ein Maklerunternehmen leitet und Generalsekretärin der FDP-Vereinigung Liberale Mittelstand in Baden-Württemberg sowie Mitglied in deren Bundesvorstand ist. Andere Unternehmer gingen nach Polen oder Rumänien oder richteten eine Holding in der Schweiz ein. Hauptsorge kleiner und mittlerer Unternehmen sei laut Zickler das komplizierte Steuerrecht, die drohende Wiedereinführung der Vermögensteuer sowie der hohe Bürokratieaufwand. Beispiel Umsatzsteuer: Nur Pri-

steuer oder der Erbschaftsteuerreform. Über konkrete Maßnahmen hinaus wünscht er sich aber auch eine veränderte Grundhaltung der Politik: „Familienbetriebe – egal ob es sich um kleinere oder größere handelt – brauchen von der nächsten Bundesregierung ein klares Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft“, sagt Zülow. Eine kluge Wirtschaftspolitik berücksichtige immer auch Wettbewerb, Freiheit, Verantwortung und Eigentum. In den Parteiprogrammen von SPD, Grünen und Linken aber kämen diese Werte zu kurz oder gar nicht erst vor, sodass sein Wirtschaftsverband vor einem Linksrutsch mit verheerenden Auswirkungen für Wirtschaft und Wohlstand warnt.

Erschwerend zur Diskussion über die Vermögensteuer kommt hinzu, dass die Erbschaftsteuer angesichts des hohen staatlichen Finanzbedarfs verschärft werden könnte. Das wäre ein Problem nicht nur für Unternehmer, sondern auch für deren Arbeitnehmer. Laut einer Analyse der Parteiprogramme zur Bundestagswahl durch das mittelständische Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsunternehmen Ebner Stolz sind die Unionsparteien und die FDP zwar gegen eine Erhöhung der Erbschaftsteuer und will die AfD diese sogar abschaffen. Doch sprechen sich SPD und Linke für eine schärfere Besteuerung von Unternehmern aus. Aus Sicht der SPD sind große Betriebsvermögen steuerlich privilegiert, was durch eine Mindestbesteuerung geändert werden soll, während die Linken die Steuer auf große Erbschaften erhöhen wollen. Detlev Heinsius, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht bei Ebner Stolz, gibt zu bedenken,

dass Unternehmer Befreiungen von der Erbschaftsteuer nur in Anspruch nehmen können, wenn sie die Löhne und Gehälter ihrer Mitarbeiter über einen langen Zeitraum weiterzahlen. „Das sichert Arbeitsplätze“, sagt Heinsius. „Eine höhere Erbschaftsteuer würde den Unternehmen Liquidität entziehen und im Mittelstand Investitionen in die Zukunft erschweren“, ergänzt der Steuerfachmann.

Die Mehrheit der Nutzer des von Ebner Stolz im Internet zur Verfügung stehenden Analysetools für das steuerpolitische Wahlprogramm der Parteien sieht das ähnlich: 62 Prozent von 14 500 Befragten sprechen sich gegen eine Erhöhung der Erbschaftsteuer aus.

Christian Rödl, Chef des mittelständischen Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsunternehmens Rödl & Partner, wünscht sich für Deutschland ein international wettbewerbsfähiges Steuerrecht. „Die Gesamtbelastung hiesiger Unternehmen in der Rechtsform einer Kapitalgesellschaft mit rund 30 Prozent Ertragsteuern ist inakzeptabel“, sagt Rödl.

Verbesserungsbedarf sieht er aber nicht nur im Steuerrecht. Auch im internationalen Wettbewerb um Fachkräfte sollte die Politik lernen – etwa von den Einwanderungsgesetzen anderer Länder. So müsse Deutschland ein markantes „Employer Branding“ entwickeln, ähnlich wie es Unternehmen bereits gegenüber Bewerbern tun. Dabei sollte Deutschland sich gegenüber qualifizierten und motivierten Einwanderern und Arbeitskräften als aufgeschlossenes und innovatives Land präsentieren. (Kommentar Seite 36, siehe auch Finanzmärkte und die Wahl, Seite 39.)